

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 1

ANTRAG NR. **L 1**

Zeile

1 **Betr.:** Zügig, wirtschaftlich, sicher – auf dem Weg ins Zeitalter
2 erneuerbarer Energien
3
4

5 **Antragsteller:** Bundesvorstand
6
7

8 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
9

10 I. Die FDP steht für eine rationale Energiepolitik 11

12 Mit dem im letzten Herbst beschlossenen Energiekonzept der Bundesregierung haben wir für
13 die Industrienation Deutschland erstmals einen konkreten und vernünftigen Weg in das
14 Zeitalter der erneuerbaren Energien aufgezeigt. Wir stehen für eine Energieversorgung, die
15 jenseits von Wunschdenken sicher zuverlässig, bezahlbar und umweltverträglich ist. Unsere
16 Ziele für die Verringerung von CO₂-Emissionen und den Ausbau erneuerbarer Energien sind im
17 internationalen Vergleich ehrgeizig. Für die FDP war und bleibt die Kernkraft eine
18 Brückentechnologie.
19

20 Die Ereignisse im Kernkraftwerk Fukushima erfordern im Interesse der Sicherheit unserer
21 Bürger eine sachliche wie politische Überprüfung und Neubewertung von bestehenden
22 Restrisiken. Das Moratorium gibt uns die dafür notwendige Zeit. Die Reaktionen der
23 Bürgerinnen und Bürger auf die Ereignisse in Fukushima machen in ihrer großen Mehrheit
24 aber auch deutlich, dass sie der Kernkraft kritisch gegenüber stehen. Eine Risikotechnologie
25 wie die Kernkraft kann nicht auf Dauer gegen die Mehrheit der Bevölkerung betrieben
26 werden. Sie ist auf gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen.
27

28 Die FDP ist deshalb bereit, unabhängig von der Sicherheitsüberprüfung einen gegenüber der
29 Laufzeitverlängerung beschleunigten Ausstieg aus der Kernkraft zu ermöglichen. Wir wollen
30 den Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien, der bereits Kern des bisherigen
31 Energiekonzeptes ist, noch schneller erreichen und dafür die Voraussetzungen schaffen. Die
32 Regierungspartei FDP stand und steht für eine rationale Energiepolitik. Dazu gehört, die
33 Konsequenzen, Chancen und Kosten eines beschleunigten Ausstiegs aus der Kernkraft
34 realistisch aufzuzeigen und so eine ehrliche gesellschaftliche Diskussion jenseits von
35 Ängsten, Utopien und Denkverboten zu ermöglichen. Auf dieser Basis entwickeln wir das
36 bestehende Energiekonzept der Bundesregierung weiter.
37
38
39
40
41

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 2

ANTRAG NR. **L 1**

Zeile

1 **II. Verantwortung, Wettbewerb und Ganzheitlichkeit für eine zukunftsfähige** 2 **Energieversorgung**

3
4 Eine sichere, bezahlbare, klimaverträgliche, ständig verfügbare und wettbewerbsfähige
5 Energieversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und
6 Wohlstand in einem hochentwickelten Industrieland wie Deutschland. Unser rationales
7 Konzept für die Energieversorgung einer modernen Gesellschaft orientiert sich deshalb an
8 den liberalen Prinzipien der **Verantwortung** und des **Wettbewerbs**: Verantwortung für die
9 Energieversorgung der Menschen, für die Umwelt und nachfolgende Generationen sowie
10 **Wettbewerb** um innovative und bessere Lösungen. Das System der Energieversorgung
11 müssen wir dabei ganzheitlich gestalten.

12
13 Verantwortung heißt zuallererst **Sicherheit** bei der Erzeugung von Energie. Die FDP begrüßt
14 daher das von der Bundesregierung gemeinsam mit den Landesregierungen der Länder mit
15 Kernkraftwerken verkündete Moratorium der Laufzeitverlängerung. Es gibt uns Zeit für die
16 zusätzliche Sicherheitsüberprüfung der deutschen Kernkraftwerke sowie der notwendigen
17 Sicherheitsreserven insbesondere hinsichtlich multipel auftretender äußerer Ereignisse und
18 der Notstromversorgung. Die Sicherheit der Kernkraftwerke hat für die FDP absoluten
19 Vorrang vor allen anderen Erwägungen.

20
21 Verantwortung für eine sichere Energieversorgung heißt auch, die **Versorgungssicherheit**
22 unserer Haushalte, Industrie und Gewerbe zu gewährleisten. Sie müssen sich auch in Zukunft
23 darauf verlassen können, dass auch in wind- und sonnenarmen Zeiten zu jeder Tages- und
24 Nachtzeit der notwendige Strom verfügbar ist. Weder darf die Stabilität der Netze gefährdet
25 werden, noch dürfen wir uns bei der Verwendung fossiler Brennstoffe dauerhaft von Importen
26 abhängig machen. Versorgungssicherheit ist für das Industrieland Deutschland von
27 entscheidender Bedeutung. Wir nehmen deshalb die Warnung und Schlussfolgerungen der
28 Bundesnetzagentur in ihrem Bericht zu den Auswirkungen des Kernkraft-Moratoriums ernst.

29
30 Verantwortung für kommende Generationen heißt für die FDP, die **Wirtschaftlichkeit** der
31 Energieerzeugung mit **Umweltverträglichkeit** zu verbinden. Wir halten deshalb an den
32 nationalen Klimaschutzzielen für 2020 und 2050 fest. Umweltverträglichkeit heißt zudem
33 **Energieeffizienz**: Energie, die nicht verbraucht wird, muss auch nicht erzeugt und transportiert
34 werden. Bei der Energieeffizienz, insbesondere im Gebäudebereich, müssen wir unsere
35 Anstrengungen vergrößern.

36
37 Verantwortung für unsere Gesellschaft heißt schließlich, dass Energie für jeden Haushalt,
38 aber auch für die Industrie mit ihren Arbeitsplätzen **bezahlbar** bleiben muss. Auch hier ist
39 Effizienz eine der Antworten. Wo Energie effizient erzeugt, verteilt und genutzt wird, da
40 können Umwelt und Geldbeutel gleichermaßen geschont werden.

41

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 3

ANTRAG NR. **L 1**

Zeile

1 Der schnellere Ausstieg aus der Kernenergie eröffnet neue Chancen für mehr **Wettbewerb** auf
2 den Energiemärkten, den wir nutzen werden. Aber auch unter Wettbewerbsbedingungen ist
3 der Umbau der Energieversorgung nicht zum Nulltarif zu haben. Er bietet jedoch die Chance
4 auf zusätzliches Wachstum, wenn er mit wirtschaftlichem Verstand vollzogen wird. Der
5 Wettbewerb um bessere Lösungen bringt **innovative Technologien** hervor, die die
6 internationale Marktführerschaft deutscher Unternehmen im Energieeffizienz und
7 erneuerbaren Energien sichern.

8
9 Der Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien ist ein High-Tech-Thema für die
10 **wirtschaftliche Modernisierung**. Wir Liberale stehen dafür, dass diese Modernisierung mit
11 marktwirtschaftlichen Anreizen statt durch Zwang gestaltet wird. Investitionen sollen von
12 bürokratischen Hemmnissen entlastet sowie deren Planungs- und Genehmigungsverfahren
13 beschleunigt und vereinfacht werden.

14
15 Für den Netzausbau und die Erzeugung erneuerbaren Stroms bedarf es keiner staatlichen
16 Mittel – die Netze werden über die Netzentgelte finanziert, die Erzeugungsanlagen über das
17 Erneuerbare-Energien-Gesetz. Bei neuen politischen Prioritäten müssen aber auch neue
18 Prioritäten im **Bundshaushalt** gesetzt werden – etwa für Energieeffizienz im Gebäudesektor
19 und die Energieforschung. Klar ist für die FDP dabei: Wenn die öffentlichen Haushalte
20 gefordert sind, dann müssen Mehrausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle
21 gegenfinanziert werden. Steuererhöhungen in Form eines „Energie-Soli“ schließt die FDP aus.
22 Eine nachhaltig verantwortliche, **ganzheitliche Politik** erfordert beides: ein nachhaltiges
23 Energiesystem und nachhaltige öffentliche Finanzen.

24
25 Es gehört zur Ganzheitlichkeit des liberalen Ansatzes, dass energiepolitische Lösungen nicht
26 allein national gefunden werden können. Die FDP strebt deshalb weiterhin einen
27 **europäischen Strom-Binnenmarkt** an. Fairer Wettbewerb erhöht europaweit die
28 Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung und hält den unvermeidlichen Anstieg der
29 Strompreise so gering wie möglich für Verbraucher. Der europäische Strom-Binnenmarkt
30 stärkt ebenso die Stabilität des Stromnetzes. Allerdings muss Deutschland in der Summe von
31 Importen und Exporten selbst ausreichende Erzeugungskapazitäten bereitstellen. Auch wenn
32 wir bei Abschaltung von Kernkraftwerken kurzfristig Strom importieren müssen, so kann dies
33 kein Dauerzustand sein. Wir wollen auf mittlere Sicht verhindern, dass ein nennenswerter
34 Import von Kernkraftstrom das Restrisiko und die Entsorgungsfrage lediglich ins Ausland
35 verschiebt.

36
37 Die Änderungen am Energiekonzept können nicht isoliert nur im Stromsektor erfolgen.
38 Angesichts von Nutzungskonkurrenzen bei Gas und Biomasse, aber auch im Blick auf die
39 Klimaschutzziele und die sich entwickelnde Elektromobilität muss vielmehr das **gesamte**
40 **System von Strom, Wärme und Verkehr** fokussiert werden. Bei schnellerer Stilllegung von
41 Kernkraftwerken werden wir übergangsweise mehr fossile Brennstoffe für die
42 Stromerzeugung nutzen müssen. Dies ist im Blick auf die Importabhängigkeit und den

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 4

ANTRAG NR. **L 1**

Zeile

1 Klimaschutz an anderer Stelle zu kompensieren. Ein ganzheitliches Konzept der Energiepolitik
2 heißt zudem, das **Zusammenspiel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft** zu stärken. Die
3 Energieforschung muss ein noch höheres Gewicht erhalten.
4

5 Ein ganzheitliches Konzept der Energiepolitik erfordert schließlich auch eine **gemeinsame**
6 **nationale Kraftanstrengung** für den Umbau der Energieversorgung, an der sich Bund, Länder
7 und Kommunen beteiligen müssen – und auch jeder Einzelne. Die zentrale Energieversorgung
8 hat die Lasten im Wesentlichen auf die Städte und ihr Umfeld konzentriert. Die dezentralere
9 Erzeugung und Transport des Stroms über weite Strecken bringt jedoch auch in der Fläche
10 Veränderungen mit sich. Im Zeitalter der erneuerbaren Energien muss der ländliche Raum
11 seinen Beitrag zur Stromversorgung der Industrie übernehmen, deren Wirtschaftsleistung
12 dem Wohlstand aller Bürger in der gesamten Republik dient. Hierbei können FFH-Flächen und
13 Naturschutzgebiete nicht ausgeschlossen bleiben. Denn in einer vernetzten
14 Industriegesellschaft geht es nicht nur um die Stromversorgung der eigenen Region.
15

16 Dabei können die erneuerbaren Energien negative Auswirkungen auf den Naturhaushalt, das
17 Landschaftsbild und Nahrungsmittelproduktion haben. Diese nehmen wir ernst. Jedoch kann
18 und muss die neue Form der Energieversorgung mit dem **Naturschutz** und der **Lebensqualität**
19 **von Menschen** in Einklang gebracht werden – auch, wenn es im Landschaftsbild zu
20 unvermeidlichen Beeinträchtigungen kommt. Der Weg in das Zeitalter der erneuerbaren
21 Energien wird nicht gelingen ohne die Bereitschaft, für eine gesicherte, bezahlbare und
22 klimaverträgliche Energieversorgung auch Veränderungen und Beeinträchtigungen im eigenen
23 Umfeld zu akzeptieren.
24

25 **III. Den Energiemix beschleunigt verändern**

26 **1. Beschleunigter Ausstieg aus der Kernenergie**

27
28
29 Der absolute Vorrang der Sicherheit bei der Kernkraft bedeutet, das Sicherheitsniveau der
30 Kernkraftwerke fortgesetzt anzuheben. Dazu haben wir bereits im Jahr 2010 einen
31 dynamischen Sicherheitsbegriff in das Atomgesetz eingefügt. Am Ende des Moratoriums will
32 die FDP beim Sicherheitsniveau einen bedeutenden Schritt nach vorn machen. Reaktoren, die
33 einem neu festgelegten Sicherheitsniveau nicht entsprechen, müssen nachgerüstet oder
34 abgeschaltet werden. Dabei ist im Atomgesetz klarzustellen, dass die Anordnung eines
35 erhöhten Sicherheitsniveaus keine Entschädigungspflicht der Bundesländer auslöst. Die FDP
36 fordert die Bundesregierung auf, sich für deutsche Standards bei den beschlossenen
37 Stresstests für die 143 Kernkraftwerke in der EU einzusetzen. Die Ergebnisse einzelner
38 Anlagen müssen dann veröffentlicht werden.
39

40 Im Rahmen eines rationalen Energiekonzepts ist ein überhasteter kompletter Ausstieg kein
41 gangbarer Weg. Um die ehrgeizigen Ziele für den Klimaschutz zu erreichen und um die
42 Versorgungssicherheit gerade der energieintensiven Betriebe zu sichern, werden wir die

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 5

ANTRAG NR. **L 1**

Zeile

1 Kernkraft noch für eine bestimmte Zeit benötigen. Die FDP will die Kernkraft so rasch
2 beenden, wie es die Netzstabilität, der schnellst mögliche Ausbau der erneuerbaren Energien
3 und die forcierte Steigerung der Energieeffizienz erlauben. Die Entscheidung über einzelne
4 Kernkraftwerke muss aber nach der Sicherheitsüberprüfung erfolgen.

5 6 Alternative 1

7 Die FDP befürwortet, dass der
8 schnellere Ausstieg aus der Kernkraft
9 weiterhin im eingeführten System der
10 Reststrommengen erfolgt. Eine
11 Übertragung von Reststrommengen aus
12 Kraftwerken, die nach dem Moratorium
13 dauerhaft stillgelegt werden, soll
14 allerdings ausgeschlossen werden.

Alternative 2

Die FDP schlägt vor, beim schnelleren
Ausstieg aus der Kernkraft vom rot-
grünen Reststrommengen-Konzept zu
festen Enddaten für die Laufzeit
einzelner Kraftwerke überzugehen

15
16 Zu einer rationalen Energiepolitik gehört es, sich den Konsequenzen der Energieerzeugung zu
17 stellen. Rot-Grün hat das Problem einer verantwortlichen Endlagerung von atomarem Abfall
18 auf die lange Bank verschoben und zehn Jahre lang die Hände in den Schoß gelegt. Aber
19 Tatenlosigkeit in der Endlagerfrage ist unverantwortlich. Deshalb hat die Bundesregierung
20 gemäß dem Koalitionsvertrag das Gorleben-Moratorium aufgehoben und die Erforschung
21 möglicher Endlagerungsstätten neu aufgenommen. Ein sicheres Endlager zu finden und
22 einzurichten ist unabhängig vom Zeitplan des zügigeren Ausstiegs ein drängendes Problem.
23 Dabei muss eine Einigung über die Konzeption der Endlagerung erfolgen.

24 25 Ergänzungsoption

26
27 Die FDP befürwortet es, Gorleben zu Ende zu erkunden und zugleich rückholbare
28 Endlager-Konzepte in tiefen geologischen Formationen oder gesicherten
29 baulichen Einrichtungen zu prüfen.

30
31 Die Bundesländer, die über möglicherweise geeignete geologische
32 Voraussetzungen verfügen, sind aufgefordert, Vorschläge für mögliche Standorte
33 zu machen.

34 35 **2. Erneuerbare Energien stärken**

36
37 Nach dem Energiekonzept der Bundesregierung soll bis 2020 der Anteil der erneuerbaren
38 Energien am Bruttoendenergieverbrauch 18 Prozent betragen. Er soll sukzessive auf 60
39 Prozent bis 2050 erhöht werden. Bis 2020 soll der Anteil der Stromerzeugung aus
40 erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 35 Prozent betragen, im Jahr 2050 dann 80
41 Prozent. Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorantreiben und zugleich
42 den Druck auf Innovationen und Kostensenkungen weiter verstärken.

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 6

ANTRAG NR. **L 1**

Zeile

1 Dafür müssen die Übertragungs- und Verteilnetze ausgebaut werden. Um den
2 Netzausbaubedarf zu verringern und den Einsatz von Stromspeichern attraktiver zu machen,
3 werden wir uns für die Schaffung von Anreizen für ein marktgerechtes Verhalten der EEG-
4 Anlagenbetreiber und für eine bessere Netzintegration der erneuerbaren Energien in der EEG-
5 Novelle 2012 einsetzen.

6
7 Optional zu der Förderung der erneuerbaren Energien über Einspeisevergütungen müssen die
8 Rahmenbedingungen für die Direktvermarktung verbessert werden. Auch die
9 Regelenergiemärkte sind für erneuerbare Energien zu öffnen. Die EEG-Novelle 2012 wird ein
10 Schritt hin zu einem stärker wettbewerblichen Energiemarkt sein.

11
12 Die Ausweitung der Möglichkeiten zur Abschaltung der Energieeinspeisung, soweit dies für
13 die Netzstabilität erforderlich ist, muss gewährleistet werden. Bei netzbedingten
14 Abschaltungen muss aber auch weiter der Vorrang der erneuerbaren Energien gelten, so dass
15 zuerst die Stromerzeugung aus fossilen Energien vom Netz gehen muss.

16
17 *Potenziale der Windenergie einlösen*
18 Die Windenergie ist der Bereich mit den größten Potenzialen für einen zügigen und
19 kosteneffizienten Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. In Teilen
20 Deutschlands ist der Ausbau an Land an seine Grenzen gestoßen. Deshalb unterstützt die
21 FDP einen regionaldifferenzierten Ansatz. Es ist Aufgabe der kommunalen Planungsträger,
22 hierfür zügig die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und berechnete
23 Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen. Abstandsgebote zur
24 Wohnbebauung sind durchzusetzen. Die Leistungserhöhung (Repowering) an bestehenden
25 Standorten soll Vorrang vor neuen Standorten haben.

26
27 Der Ausbau der Windenergienutzung auf See bietet das größte Ausbaupotenzial bei den
28 erneuerbaren Energien und sollte das Kernstück beim Umbau der
29 Stromerzeugungskapazitäten darstellen. Die FDP begrüßt die Initiative der Bundesregierung
30 für das KfW-Sonderprogramm „Offshore Windenergie“ mit einem Volumen von fünf Milliarden
31 Euro. Die FDP bittet die Bundesregierung zu prüfen, ob eine schnellere Refinanzierung von
32 Investitionen in Offshore-Windparks durch höhere Vergütungssätze über kürzere Zeiträume
33 (so genanntes Stauchungsmodell) ein geeignetes Mittel sein kann, die Entwicklung der
34 Offshore-Windenergie zu beschleunigen. Die FDP fordert die Bundesregierung auf, die
35 Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Netzanbindung von Offshore-Parks (Cluster) zu
36 schaffen und einen Masterplan für die Netzanbindung von Offshore-Windparks in Nord- und
37 Ostsee zu erstellen. Dieser soll in die Raumordnungspläne von Nord- und Ostsee einfließen.
38 Ferner sollte die Genehmigung von Offshore-Windparks erleichtert werden. Dafür sollen in
39 einem Verfahren alle erforderlichen Genehmigungen gebündelt werden. Außerdem muss
40 verhindert werden, dass Inhaber von Genehmigungen die Entwicklung blockieren, indem sie
41 die Genehmigungen nicht nutzen.

42

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 7

ANTRAG NR. L 1

Zeile

1 *Kosten des Solarstroms senken*

2 Solarstrom hat einen Platz im Energiemix der Zukunft. Photovoltaik kann aber keinen
3 wesentlichen Beitrag leisten, um Kernkraftstrom kurzfristig und kostengünstig zu ersetzen.
4 Die durch Photovoltaik erzeugte Energie gehört trotz massiver Preissenkungen immer noch zu
5 den teuersten Formen der Energiegewinnung – mit Auswirkungen auf den Strompreis. Im Jahr
6 2012 wird sich die Vergütung für Dachanlagen im Verhältnis zum Regierungsantritt der FDP
7 allerdings nahezu halbiert haben. Dieser Weg der Kostensenkung muss konsequent weiter
8 gegangen werden. Der eingeführte Mechanismus, mit dem die Vergütung bei höherem Zubau
9 immer stärker gesenkt wird, ist der richtige Weg. Er muss so ausgestaltet werden, dass die
10 angestrebte Zubau-Kapazität wirksam eingehalten wird. Außerdem müssen Anreize gesetzt
11 werden, um eine Netzentlastung durch Eigenverbrauch zu erreichen. Auch die Regelbarkeit
12 der Anlagen ist zu verbessern.

13

14 Ergänzungsoption

15

16 Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen sind kostengünstiger als Dachanlagen und
17 werden in wenigen Jahren das Kostenniveau der Offshore-Windkraft erreichen.
18 Der komplette Ausschluss von Freiflächen-Anlagen auf Äckern aus der EEG-
19 Förderung war nicht sinnvoll. Wir wollen es den Landkreisen überlassen, ob
20 und wo sie vor dem Hintergrund ihrer örtlichen Gegebenheiten Freiflächen-
21 Photovoltaik-Anlagen zulassen.

22

23 Die FDP fordert die Bundesregierung auf, kurzfristig eine ressortübergreifende Strategie für
24 das DESERTEC-Projekt und das SEATEC-Projekt vorzulegen. Dieses Großprojekt hat zum Ziel,
25 mit solarthermischen Kraftwerken im Mittelmeerraum neben der Energieversorgung für die
26 nordafrikanischen Staaten auch einen nennenswerten Teil der Stromversorgung in
27 Deutschland bereitzustellen. Dabei müssen die Verantwortlichkeiten zwischen Wirtschaft und
28 Staat klar definiert sein. Der Staat schafft Rahmenbedingungen und flankiert mit seiner
29 Energieaußenpolitik sowie seiner Entwicklungszusammenarbeit, die Unternehmen tragen das
30 Investitionsrisiko.

31

32 *Vorteile der Bioenergie besser nutzen*

33 Die Bioenergie wird durch ihr breites Einsatzspektrum in der künftigen Energieversorgung
34 eine wichtige Rolle spielen. Biogas und feste Biomasse sind mit gegebenen Techniken gut
35 speicherbar und in Kombination mit anderen Maßnahmen geeignet, die fluktuierende
36 Stromerzeugung aus Wind und Sonne auszugleichen. Bei bedarfsgerechter Einspeisung kann
37 hocheffiziente Stromerzeugung aus Biomasse deshalb einen wichtigen Beitrag zur Markt- und
38 Netzintegration der erneuerbaren Energien leisten. Dafür sollen die Vergütungen für die gut
39 regelbaren Biomasse-Anlagen so differenziert werden, dass sie einen Anreiz zur
40 bedarfsgerechten Einspeisung erhalten. Neue Biomasse-Anlagen müssen, wo wirtschaftlich
41 sinnvoll, zur Ausrüstung mit Speichern verpflichtet werden.

42

Zeile

1 Bisher gibt es allerdings auch Fehlanreize für Biogas-Anlagen. Deshalb fordert die FDP eine
2 am technologischen Fortschritt orientierte Senkung der Vergütung und eine Vereinfachung
3 der komplizierten Bonistruktur im EEG. Damit sollen Flächenkonkurrenzen weitestgehend
4 vermieden und Belange des Naturschutzes, des Artenschutzes und der Landschaftspflege
5 hinreichend berücksichtigt werden. Wir wollen eine verstärkte Verwendung organischer Rest-
6 und Abfallstoffe oder landwirtschaftlicher Koppelprodukte erreichen. Bei einem Anstieg der
7 Nutzung von Gaskraftwerken sollte die Biogas-Einspeisung in das Erdgasnetz an Bedeutung
8 gewinnen. Hierfür sind angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen – auch im Verhältnis
9 zum Einsatz von Biogas in KWK-Anlagen am Ort der Erzeugung.

10

11 **3. Klimafreundliche und effiziente Nutzung fossiler Energie**

12

13 Wo der Emissionshandel und technische Innovation die Effizienz der Anlagen steigert und
14 Emissionen senkt, spielen fossile Energieträger auf absehbare Zeit eine wichtige Rolle für die
15 Versorgungssicherheit. Eine rationale Energiepolitik setzt auf eine Steigerung der
16 Klimafreundlichkeit fossiler Energie, ohne sich mit ideologischen Blockaden aufzuhalten.

17

18 *Effiziente Kohlenutzung durch moderne Kohlekraftwerke*

19 Die Verstromung von Kohle stellt derzeit den größten Anteil der Primärenergie bereit. Mit
20 Blick auf Umwelt- und Ressourcenschutz muss sie möglichst effizient genutzt werden. Dabei
21 geht es vor allem um die Erneuerung des Kraftwerksparks. Neue Anlagen emittieren etwa 60
22 Prozent weniger an Luftschadstoffen und etwa 25 Prozent weniger Kohlendioxid als alte. Der
23 europäische Emissionshandel gewährleistet dabei, dass die europäischen und deutschen
24 Klimaschutzziele eingehalten werden, unabhängig davon, wo in Europa neue Kraftwerke
25 entstehen. Die FDP begrüßt daher die Planungen für den Neubau moderner, energieeffizienter
26 und klimafreundlicher Kohlekraftwerke als Ersatz für alte Kapazitäten. Widerstand – wie
27 durch die Grünen beim Kraftwerk in Datteln (Nordrhein-Westfalen) – schaden einer
28 zukunftsfähigen Energieversorgung.

29

30 *Kapazitäten von Gas und Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen*

31 Der Anteil der Stromerzeugung aus Gaskraftwerken muss deutlich erhöht werden. Moderne,
32 hocheffiziente Gaskraftwerke und Kraft-Wärmekopplungsanlagen sind eine ideale Ergänzung
33 zur Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Sie können auf Grund ihrer Flexibilität
34 einspringen, wenn kurzfristige Schwankungen aus Wind- oder Solarenergie dies erforderlich
35 machen. Der Stromerzeugung aus Gas, die zudem vergleichsweise effizient und emissionsarm
36 ist, wird deshalb auch in einer umgebauten Energieversorgungsstruktur eine herausragende
37 Bedeutung zukommen. Die FDP wird die Debatte vorantreiben, ob und wie mit so genannten
38 Kapazitätsmärkten das Vorhalten weiterer Reservekapazitäten anders als bisher vergütet
39 werden muss. Der Ausbau der KWK-Stromerzeugung auf 25 Prozent ist eine gute Zielmarke
40 für die Kohle- und Gasverstromung. Zur Sicherung der standortspezifischen industriellen
41 Versorgung sollen Industrieunternehmen, Industrieparks und Industriecluster eigene

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 9

ANTRAG NR. **L 1**

Zeile

1 hocheffiziente GuD- und Blockheizkraftwerke betreiben können und dabei rechtlich nicht als
2 Versorger behandelt werden.

3

4 *Erfahrung mit CCS sammeln*

5 Eine mögliche Technologie zur CO₂-neutralen Kohle- und Gasverstromung, aber auch zur CO₂-
6 neutralen industriellen Produktion, ist das so genannte Carbon Capture Storage (CCS). Die
7 FDP begrüßt, dass mit dem CCS-Gesetz der Bundesregierung zunächst auf
8 Demonstrationsvorhaben gesetzt wird. Ziel ist es, in den nächsten Jahren Aufschluss über die
9 Umweltverträglichkeit sowie die wirtschaftliche und technische Machbarkeit von CCS zu
10 erlangen.

11

12 Alternative 1

13 Die FDP unterstützt daher das CCS-
14 Gesetzesvorhaben der
15 Bundesregierung. Im Sinne des
16 föderalen Wettbewerbs ermöglicht es
17 eine Öffnungsklausel den
18 Bundesländern, selbstständig und
19 eigenverantwortlich über die Zulassung
20 von CCS-Demonstrationsanlagen zu
21 entscheiden.

12 Alternative 2

13 Die FDP unterstützt im Grundsatz das
14 CCS-Gesetzesvorhaben der
15 Bundesregierung. Sie fordert aber, die
16 Länderklausel des Gesetzentwurfs so
17 zu verändern, dass nicht ideologisch
18 das gesamte Landesgebiet, sondern
19 nach fachlichen Kriterien nur Teile des
20 Landes für CCS-
21 Demonstrationsanlagen
22 ausgeschlossen werden können. Die
23 bisherige Ausgestaltung des
24 Gesetzentwurfs droht die CCS-
25 Technologie in Deutschland komplett
26 zu verhindern und wäre ein kritischer
27 Präzedenzfall für andere
28 energiepolitische Vorhaben von
29 nationaler Bedeutung wie den
30 Netzausbau oder die Standortsuche
31 für ein nukleares Endlager.

32

33 Neben der Einlagerung von abgeschiedenem CO₂ befürwortet die FDP auch dessen
34 Wiederverwendung, z.B. für die Biomasseproduktion. Entsprechende Forschungsvorhaben
35 sind stärker zu unterstützen.

36

37 **IV. Zukunftsfähige Infrastruktur der Energieversorgung ausbauen**

38

39 Voraussetzung einer zukunftsfähigen Energieversorgung mit erneuerbarer Energie sind
40 massive und gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energieversorgung. Eine rationale
41 Energiepolitik erfordert eine nationale Kraftanstrengung zum Ausbau von Stromnetzen und
42 Energiespeichern. Ein effektiver Ausbau der Infrastruktur gelingt nur, wo Planungsverfahren

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 10

ANTRAG NR. **L 1**

Zeile

1 beschleunigt werden, ohne dass die Anliegen und Rechte der betroffenen Bürger missachtet
2 werden.

3

4 **1. Koordinierte Planung und Bau neuer Stromnetze beschleunigen**

5

6 Für den Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Ausbau der Stromübertragungs- und
7 Verteilnetze eine entscheidende Voraussetzung. In den nächsten zehn Jahren beläuft sich der
8 Aus- und Erneuerungsbedarf im deutschen Höchstspannungsnetz auf etwa 3600 Kilometer.
9 Wer in das Zeitalter der erneuerbaren Energien will, muss auch den Netzausbau vorantreiben.
10 Doch der notwendige Netzausbau kommt teilweise nur sehr schleppend voran und droht zum
11 Nadelöhr für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu werden. Das bedeutet eine zeitliche
12 Konzentration von Genehmigungsverfahren unter frühzeitiger Beteiligung der Bürger.

13

14 Um den Netzausbaubedarf zu verringern und den Einsatz von Stromspeichern attraktiver zu
15 machen, werden wir uns für die Schaffung von Anreizen für ein marktgerechtes Verhalten der
16 EEG-Anlagenbetreiber und für eine bessere Netzintegration der erneuerbaren Energien in der
17 EEG-Novelle 2012 einsetzen. Gleichzeitig muss die Planung und die Errichtung von Leitungen,
18 Netzen und Kraftwerken massiv beschleunigt werden. Dazu müssen die rechtlichen
19 Voraussetzungen geschaffen werden. Dabei müssen Raumordnungsverfahren und
20 Energiewirtschaftsrecht besser aufeinander abgestimmt werden. Gegebenenfalls sind auch
21 unterschiedliche Belange des Planungsrechtes für den Netzausbau befristet neu zu
22 gewichten.

23

24 Die FDP begrüßt die Pläne der Bundesregierung für einen Bundesnetzplan zur Vorfestlegung
25 von Korridoren für Stromleitungen. Dabei muss die Beteiligung der Länder angemessen
26 berücksichtigt werden. Noch in diesem Jahr soll mit einem Netzausbaubeschleunigungsgesetz
27 (NABEG) das Genehmigungsverfahren für Stromnetze auf eine neue Grundlage gestellt
28 werden. Dazu gehören unter Beteiligung der Länder eine Bundesfachplanung, die Sicherung
29 von Trassen für so genannte Stromautobahnen von Nord nach Süd, die optimale Verknüpfung
30 von Bürgerbeteiligungen und Verfahrensbeschleunigung bei den Genehmigungsverfahren und
31 ein bundesweit einheitliches Genehmigungsverfahren.

32

33 Die FDP setzt sich für einen europaweit koordinierten Netzausbau ein, der die
34 Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines kosteneffizienten Ausbaus der erneuerbaren
35 Energien in Deutschland und Europa ist. In diesem Rahmen soll statt der Gebietsmonopole
36 der großen Stromerzeuger eine Entflechtung und wettbewerbliche Ordnung des Marktes EU-
37 weit erreicht werden. Hierzu müssen im Energiesektor vorrangige europäische
38 Infrastrukturprojekte identifiziert und gefördert sowie die Genehmigungsverfahren
39 beschleunigt werden. Der notwendige Ausbau der Übertragungsnetze erfordert Zeit,
40 Überzeugungsarbeit vor Ort, hohe Investitionen und technologische Innovationen. Dazu
41 müssen wir alle bereit sein.

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Zeile

| 1 | <u>Alternative 1</u> | <u>Alternative 2</u> |
|---|---------------------------------------|--|
| 2 | | |
| 3 | Dem Ausbau von Erdkabeln steht die | Der Einsatz von Erdkabeln soll dort |
| 4 | FDP positiv gegenüber, sofern es | vorgesehen werden, wo es |
| 5 | finanziell, technologisch, | technologisch machbar, |
| 6 | gesellschaftlich und umweltfreundlich | gesellschaftlich wünschenswert und |
| 7 | sinnvoll ist. | mit den Zielen des Naturschutzes |
| 8 | | vereinbar ist. Die Kosten sind bei der |
| 9 | | Netzregulierung voll anzuerkennen. |

10

11

12 **2. Einsatz von Speichertechnologien vorantreiben**

13

14 Erneuerbare Energien führen zu einer deutlich zunehmenden fluktuierenden Stromerzeugung.
15 Wir wollen deshalb die Weiterentwicklung und den Bau von Stromspeichern vorantreiben, um
16 jederzeit die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dafür müssen mittelfristig die
17 verfügbaren deutschen Potenziale für Pumpspeicherkraftwerke und andere
18 Speichertechnologien im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten
19 erschlossen werden. Hierzu sollten die Rahmenbedingungen möglichst schnell angepasst
20 werden, z.B. durch die Verlängerung der Netzentgeltbefreiungen für Stromspeicher und die
21 Zulassung von Energiespeichern für den Regelenergiemarkt. Auch bei Stromsteuer und EEG-
22 Umlage dürfen Speicher nicht als Letztverbraucher behandelt werden, da dies zu
23 Doppelbelastungen führt.

24

25 Die FDP fordert, dass die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen für
26 Speichertechnologien durch Umschichtung im Forschungsetat des Bundes massiv erhöht
27 werden. Dabei sind alle viel versprechenden Technologien zu berücksichtigen. Dazu gehören
28 effiziente Batteriespeicher ebenso wie die Produktion von Methan für das Erdgasnetz mittels
29 überschüssigem Wind- und Sonnenstrom.

30

31 Intelligente Stromnetzen („smart grids“) sind ebenfalls forciert zu entwickeln. So können z.B.
32 Industriebetriebe ebenso wie Kühleinrichtungen des Handels als intelligente Stromspeicher
33 dienen. Mittelfristig gilt dies auch für Elektroautos.

34

35 **3. Veränderung braucht Akzeptanz durch Bürgerbeteiligung**

36

37 Der Umbau der Energieversorgung muss von breiten Teilen der Bevölkerung mitgetragen
38 werden. Eine neue Energiepolitik wird erst dann erfolgreich umsetzbar sein, wenn es gelingt,
39 eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz für diesen Prozess zu erreichen. Daher kommt es
40 darauf an, die Menschen in einen gesellschaftlichen Diskurs einzubinden. Nur so können die
41 notwendigen Veränderungen und Belastungen, aber auch die Chancen des Umbaus unserer
42 Energieversorgung erkannt, nachvollzogen und gemeinsam getragen werden.

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 12

ANTRAG NR. **L 1**

Zeile

1
2 Der erforderliche Transformationsprozess für die künftige Energieversorgung erfordert ein
3 umfassendes Informations- und Bildungsangebot, um in unserer Gesellschaft auch die
4 Bereitschaft zur Energieeinsparung und zu einem klimagerechten Verhalten sichtbar zu
5 stärken. Die derzeit immer noch erheblichen Vorbehalte gegen notwendige
6 Infrastrukturmaßnahmen können nur überwunden werden, wenn es gelingt, eine
7 gesellschaftsweit tragfähige Akzeptanz für den raschen Umbau unserer Energieversorgung zu
8 erreichen.

9
10 Von Infrastrukturmaßnahmen betroffene Bürger haben Interessen, die berücksichtigt werden
11 müssen. Eingriffe in das private Eigentum, die etwa der beschleunigte Stromtrassenbau
12 auslöst, Naturschutz, Lärmschutz oder Landschaftsschutzbedürfnisse der Bürger müssen von
13 Anfang an in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

14
15 Die FDP begrüßt daher die Einrichtung der so genannten Netzplattform beim
16 Bundeswirtschaftsministerium. Dort wird ein Rahmen geschaffen, in dem alle
17 gesellschaftlichen Gruppen mit der Wirtschaft und der Verwaltung in Dialog treten und
18 gemeinsam nach bürgernahen Lösungen zum Netzausbau suchen. Ziel ist es, daraus einen
19 Nationalen Pakt für Neue Netze (NPNN) zu initiieren. Bei Planungsverfahren etwa für
20 Kraftwerke ist zu überlegen, ob bei Überschreiten einer bestimmten Jahresfrist ein
21 Referendum über das Projekt obligatorisch wird. Außerdem sind Mediationsverfahren zu
22 systematisieren und auszubauen. Es ist zu prüfen, ob das bisherige Raumordnungsverfahren
23 durch einen Mediationsprozess abgelöst werden kann, der unter Führung eines unabhängigen
24 Mediators vor allem die Betroffenen, aber auch die Öffentlichkeit insgesamt frühzeitig
25 informiert und einbindet. Mit dem Ziel, gleichzeitig die Akzeptanz von Maßnahmen zu stärken,
26 das Verfahren zu beschleunigen und Kosten zu sparen, könnte dieses meditative
27 Raumordnungsverfahren in das jeweilige Fachplanungsverfahren integriert werden.

28 29 **V. Effiziente Nutzung: Energieeffizienz und Energieeinsparung**

30
31 Energieeffizienz und Stromsparen sind wichtige Säulen für eine sichere, preisgünstige und
32 umweltschonende Energieversorgung. Nach dem Energiekonzept der Bundesregierung soll
33 bis 2020 der Primärenergieverbrauch gegenüber 2008 um 20 Prozent und bis 2050 um 50
34 Prozent sinken. Das erfordert pro Jahr eine Steigerung der Energieproduktivität um
35 durchschnittlich zwei Prozent bezogen auf den Endenergieverbrauch.

36
37 Wir wollen alle Energie- und Stromsparpotenziale erschließen und dabei den
38 volkswirtschaftlich günstigsten Lösungen, wie der energetischen Sanierung von Gebäuden
39 und Stromeinsparung bei Maschinen und Geräten, Vorrang einräumen. Die FDP setzt dabei
40 auf marktkonforme Anreizsysteme und auf Freiwilligkeit. Zwangsmaßnahmen und Dirigismus
41 sind der falsche Weg.

42

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Zeile

1 Zentral ist die Schaffung von Informationen und Transparenz. Hierzu muss auch die
2 Energieberatung ausgebaut, der Markt für Energiedienstleistungen konsequent entwickelt
3 und gefördert, bereits erfolgreiche Instrumente wie die Energieverbrauchskennzeichnung
4 („Energielabel“) weiterentwickelt und die Einführung zusätzlicher Anreizsysteme zur
5 Energieeinsparung angegangen werden. Um die Nutzung von Abwärme aus industriellen
6 Prozessen zu erleichtern, sind Kredite und Bürgschaften zur Absicherung von
7 Entwicklungsrisiken sinnvoll.

8
9 Ab 2013 werden laut Energiekonzept Ökosteuermäßigungen im produzierenden Gewerbe
10 an die Einführung von Energiemanagementsystemen oder vergleichbaren Maßnahmen
11 gebunden. Bei der Ausgestaltung ist darauf zu achten, dass die Systeme tatsächlich zu einer
12 nennenswerten Energieeinsparungen und nicht nur zu unverhältnismäßigem bürokratischen
13 Aufwand führen. Die FDP fordert die Bundesregierung auf, die vereinbarten Pilotvorhaben für
14 das marktwirtschaftliche Instrument der „Weißen Zertifikate“ zur Energieeinsparung so
15 schnell wie möglich umzusetzen.

16
17 Das Energiekonzept des Bundes misst dem Gebäudebestand zu Recht eine entscheidende
18 Bedeutung beim Klimaschutz zu. Derzeit wird in Deutschland rund ein Drittel des gesamten
19 Primärenergieverbrauchs für die Raumheizung und Warmwasserbereitung aufgewendet. Ein
20 großer Teil der Wohngebäude ist nach heutigen Standards in einem verbesserungswürdigen
21 energetischen Zustand – diese stillen Reserven gilt es zu nutzen. Dabei ist die energetische
22 Sanierung in vielen Fällen sowohl für den Eigentümer wirtschaftlich als auch ökologisch von
23 Vorteil. Die daraus resultierende Akzeptanz energetischer Sanierungen darf aber nicht durch
24 eine Überforderung von Hausbesitzern und Mietern aufs Spiel gesetzt werden. Die FDP setzt
25 auf Anreize und nicht auf Zwang.

26
27 Die FDP fordert eine verbesserte finanzielle Ausstattung des CO₂-
28 Gebäudesanierungsprogramms auf etwa zwei Milliarden Euro pro Jahr und die Verbesserung
29 der Abschreibungsmöglichkeiten für die Gebäudesanierung . Zukünftig soll auch der Ersatz-
30 Neubau im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm gefördert werden. Das im Energiekonzept
31 vorgesehene neue KfW-Programm „Energetische Städtebausanierung“ ist umzusetzen. Die
32 FDP erneuert ihre Forderung des Wahlprogrammes, ein haushaltsunabhängiges Instrument
33 zur Förderung der erneuerbaren Wärme einzuführen. Bis dahin ist das Marktanreizprogramm
34 fortzusetzen. Die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für das Energieeinspar-
35 Contracting sind zu verbessern. Um verlässliche Rahmenbedingungen für
36 Sanierungsmaßnahmen zu gewährleisten, sollte auf Bundesebene in den nächsten Jahren eine
37 Verstetigung der Förderprogramme und eine Vereinfachung des ordnungsrechtlichen
38 Instrumentariums angestrebt werden.

39
40 Die FDP setzt sich dafür ein, die Hürden im Mietrecht für eine energetische Sanierung zum
41 gemeinsamen Vorteil von Eigentümer und Mieter zu senken und so den Anreiz für eine
42 klimafreundliche Erneuerung des Gebäudebestandes zu erhöhen.

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Zeile

1 Ergänzungsoption
2
3 Die deutschen Energiemärkte müssen stärker an die europäischen
4 Energiemärkte angebunden werden. Dazu ist es erforderlich, die Kapazitäten für
5 Stromimporte aus der EU zu erhöhen, um grenzüberschreitenden
6 Stromwettbewerb zugunsten der Verbraucher zu ermöglichen. Eine Stärkung
7 des Europäischen Netzverbundes ist hierfür notwendig. Außerdem müssen
8 gemeinsame technische Netzstandards in Europa weiter entwickelt werden. Die
9 Erhöhung der Anzahl so genannter Grenzkuppelstellen ist für ein
10 Zusammenwachsen der Energiemärkte unerlässlich. Auf nationaler Ebene muss
11 das Wettbewerbsrecht weiter verschärft werden. Die FDP begrüßt die
12 Einrichtung einer so genannten Markttransparenzstelle, die die
13 Preisbewegungen an der Strombörse verfolgt und wettbewerbswidriges
14 Verhalten gegebenenfalls sanktionieren kann. Die FDP begrüßt auch die Pläne
15 für eine Weiterführung der verschärften Missbrauchsaufsicht im Strombereich.
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42